

Von Schließung betroffenes Viskosewerk in Glauchau: Die Ausfälle setzen eine Kettenreaktion in Gang

„Es kracht schon im Februar"

Ausländische Lieferanten stoppen die Zufuhr von Rohstoffen, Unternehmen aus der DDR schicken keine Vorprodukte mehr, das staatliche Krisenmanagement hat den Dienst eingestellt – die ostdeutsche Wirtschaft steht vor dem totalen Zusammenbruch, eine vertrauliche Expertise sagt den baldigen Kollaps voraus.

Wie schlecht es um die DDR-Wirtschaft steht, teilte Ministerpräsident Hans Modrow der Volkskammer am Montag vergangener Woche in knappen Worten mit. Die Lage sei „besorgniserregend", die „ökonomischen und sozialen Spannungen in der Gesellschaft" nähmen zu.

Der ostdeutsche Regierungschef hat offenbar noch untertrieben. Die wirtschaftliche Lage der Deutschen Demokratischen Republik ist, so der amtierende Staatsratsvorsitzende Manfred Gerlach, „viel schlimmer, als bisher bekannt".

Der DDR-Ökonomie, einer Kommandowirtschaft ohne Kommandeure, droht in Kürze der Stillstand. „Es kracht wahrscheinlich schon im Februar", urteilte der Wirtschaftsplaner eines Ost-Berliner Ministeriums Ende voriger Woche.

Die bittere Diagnose gründet auf den Meldungen, die Kombinate, volkseigene Betriebe und Genossenschaften nach Berlin schickten. Im Ministerium für Schwerindustrie trugen die Beamten kürzlich alle Daten über die Gefährdung der Produktion und der Versorgung zusammen. Resultat der Studie: Viele Betriebe können schon bald nicht mehr weiterarbeiten; bei der Belieferung des Einzelhandels wird es zu erheblichen Engpässen kommen; zugesagte Exportwaren können nicht verschickt werden; notwendige Importe, auch solche aus den bisherigen Bruderländern im Ostblock, kommen nicht oder sind nicht mehr zu bezahlen.

Schon das verflossene Jahr war für die Ost-Unternehmen ein Jahr herber Rückschläge. Ob die Industrieproduktion, der Wohnungsbau oder die Landwirtschaft – kein bedeutender Wirtschaftszweig erreichte die Planziele; im letzten Vierteljahr 1989 fiel die ohnedies dürftige Industrieproduktion gar um zwei Prozent zurück.

Nun aber geht es in einer Schußfahrt steil nach unten. Das empfindliche Geflecht von gegenseitigen Lieferungen, Voraussetzung für arbeitsteiliges Produzieren in Industriesystemen, droht zu zerreißen.

Der von vielen DDR-Betriebsdirektoren erhoffte rettende Schulterschluß mit den kooperationswilligen westdeutschen Unternehmen, das ist abzusehen, wird nicht rechtzeitig gelingen. Die Zeit war nach der Grenzöffnung ohnedies knapp. Doch viel zu lange zögerte die verantwortliche Wirtschaftsministerin Christa Luft dann noch die notwendigen rechtlichen Regelungen für den Einstieg westdeutscher Firmen hinaus.

Als es in den Betrieben zwischen Rostock und Suhl noch nicht ganz so schlimm aussah, feilschte die Modrow-Stellvertreterin um Prozentpunkte bei Gemeinschafts-Unternehmen. Die Forderung, mehr als 49 Prozent einer DDR-Firma an westliche Kapitalisten zu geben, blockte die SED-Professorin lange Zeit ab; sie veranlaßte so manchen West-Unternehmer, erst mal abzuwarten.

Mittlerweile hat die Wirtschaftsministerin ihren Widerstand gegen Marktwirtschaft, Privatbetriebe und westliche Partner mit Mehrheitsanteilen aufgegeben. Aber wenn nun die Interessenten aus der Bundesrepublik die DDR-Betriebe besichtigen, werden dort womöglich noch mehr Maschinen als vor ein paar Wochen stillstehen, weil Rohstoffe und Zulieferungen fehlen.

In die immer näherrückende, inzwischen unvermeidlich gewordene Wirtschaftsgemeinschaft mit der Bundesrepublik kann die DDR demnächst nur noch ihre Konkursmasse einbringen. Allein in der Schwerindustrie, dem Rückgrat der DDR-Wirtschaft, bleiben laut Ministeriums-Studie im ersten Quartal 1990 metallurgische Produkte, insbesondere Walzstahl, im Wert von 110 Millionen D-Mark aus. Der Mangel an Steinkohle, Koks und Erdgas ist gewaltig, zusätzliche Importe können ihn auf die Schnelle nicht beheben.

Schmerzlich fehlen der Volkswirtschaft jene 1,2 Millionen Tonnen Erdöl, die von der Sowjetunion bei der Quartalslieferung gekürzt wurden. DDR-Unterhändler suchen derzeit im Ausland nach freien Erdölreserven – ohne zu wissen, wie sie diese bezahlen sollen.

Fest eingeplante Importe aus den anderen Ostblockstaaten kommen nicht an, weil in Ungarn, Rumänien oder der Tschechoslowakei auch nicht mehr viel läuft – oder weil die dortigen Lieferanten ihre Produkte nur noch gegen harte Währung abgeben.

In der Ost-Berliner Firma Wälzlagerwerk „Josef Orlopp", die Lager für Landmaschinen und Kraftfahrzeuge herstellt, wird nach Aussagen eines Meisters „nur noch ein Bruchteil der üblichen Produktmenge" gefertigt. Da Dutzende von Zulieferteilen nicht mehr ankommen, beschäftigen sich die Arbeiter damit, die mehr als 15 Jahre alten Maschinen gründlich zu überholen.

Im VEB Elektroprojekt und Anlagenbau im Ost-Berliner Stadtbezirk Marzahn, berichtet ein Manager, sei „die Lage hoffnungslos und die Stimmung mies". Auch früher sei nicht immer alles glatt gelaufen, aber jetzt sei „der Stillstand die Regel und das Anlaufen der Maschinen die Ausnahme".

Große Lücken reißen die Abwanderer in die heimische Produktion. 250 000 Arbeitsplätze, so informierten Ministerialbeamte den Runden Tisch, seien gegenwärtig nicht besetzt. Produktionsausfälle und nicht eingehaltene Lieferfristen sind die Folge.

Die „rund 100 000 im Ergebnis von Strukturveränderungen kurzfristig freigesetzten Werktätigen", heißt es in der Vorlage des Arbeitsministeriums, könnten die offenen Stellen nicht besetzen. Nett formuliert. Gemeint ist: Den Stasi-Agenten und Parteiarbeitern außer Dienst fehlt die notwendige Qualifikation, nichts mit „Stasi in die Produktion".

Im Magdeburger Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann" sei nun auch die Phase des Improvisierens vorbei, berichten dort die verbliebenen Arbeiter. So viele Kollegen hätten „rübergemacht", daß auch mit noch so viel Phantasie die Lücken nicht mehr zu schließen seien. Die fehlenden Dreher, Fräser, Automateneinrichter und Werkzeugmacher seien einfach nicht zu ersetzen.

Die Schwermaschinenbauer in Magdeburg erleben jetzt schon, was demnächst viele andere Betriebe erwartet: Produktionsausfälle greifen auf immer mehr Abteilungen eines Unternehmens über, so daß bald schon gar nichts mehr geht.



Wirtschaftsministerin Luft: Viel zu lange gezögert

In Magdeburg konnten die Montageabteilungen, in denen die Fertigprodukte entstehen, von den vorgelagerten Abteilungen nicht mehr beliefert werden. Daraufhin platzten die Exportverträge mit der Sowjetunion. Neue Aufträge für Walzwerkausrüstungen und Kabelverteilmaschinen sind deshalb nicht mehr zu erwarten. Die sowjetischen Firmen ordern anderswo, die Magdeburger Firma steht vor dem Aus.

In anderen Betrieben sorgt die Belegschaft auf eine in der DDR bislang kaum gekannte Art und Weise dafür, daß nichts mehr läuft: Sie streikt. So legten die Beschäftigten des Kaliwerkes „Thomas Münzner" im Bezirk Erfurt am Donnerstag vergangener Woche für unbefristete Zeit ihre Arbeit nieder. Zuschläge von 100 bis 250 Mark, die der Generaldirektor ihnen nach einem ersten Warnstreik angeboten hatte, sind ihnen zu wenig. Sie verlangen 400 Mark mehr im Monat.

Vor allem außerhalb Ost-Berlins sind erste Lücken in der Lebensmittelbelieferung zu registrieren. Deutlich verschlechtert hat sich die Versorgung mit Dienstleistungen.

Taxis sind seit der Maueröffnung noch schwieriger zu bekommen als früher, und neuerdings hakt es auch bei der Postzustellung. In Berliner Außenbezirken wie Weißensee wird in manchen Wochen gar keine Post mehr ausgeliefert.

Diese von der Regierung kaum mehr zu beeinflussenden Engpässe und Ausfälle wird das Kabinett Modrow demnächst noch durch eigene Entscheidungen vergrößern müssen. Eine „Produktionsreduzierung aus Gründen des Umweltschutzes und der technischen Sicherheit", so schreiben die Autoren aus dem Ministerium für Schwerindustrie, sei unausweichlich.

Das neue politische Selbstbewußtsein der Bevölkerung und die wachsende ökologische Sensibilität, so glauben die Analytiker, machten es wohl unmöglich, im bisherigen Trott Luft, Wasser und Böden zu vergiften.

Eine Regierungskommission hat zusammengestellt, welche Umweltverpester in allernächster Zeit zu schließen sind. Die Karbidproduktion in Buna, die Viskosefaser-Produktion in Glauchau und die viel Schwefelkohlenstoff freisetzende Herstellung von Superkordseide in Pirna stehen ebenso auf der Liste dichtzumachender Betriebe wie die Schwelereien und Teerveredelungsanlagen im Bezirk Leipzig.

Ende vergangenen Jahres schloß bereits das Mansfeld-Kombinat seine Kupfer-Silber-Hütte „Fritz Beyling", Mitte des Jahres ist die Ilsenburger Kupferhütte dran. Beide verpesten die Umwelt, beide sind hochgradig defizitär (siehe Seite 125).

Im berüchtigten Bitterfeld wird jetzt eine der Dreckschleudern stillgelegt, die aus dem Jahr 1915 stammende Aluminiumelektrolyse 1. Die Folgen für die Volkswirtschaft sind bitter: Dem Land fehlen künftig 20 000 Tonnen Hüttenaluminium.

So beschleunigt sich der Niedergang. Den Wert der allein im ersten Quartal 1990 in der Schwerindustrie ausfallenden Produktion beziffert die Studie mit rund 2,2 Milliarden West-Mark. „Eine solche Summe", erläutert einer der Studienschreiber, „erschlägt uns alle."

Die Ausfälle setzen eine Kettenreaktion in Gang. Weil die Kassen leer blei-

ben, müssen die Betriebe auf den Einkauf von Vorprodukten und Rohstoffen verzichten. Wie in einer Reihe von Dominosteinen stürzt eine blockierte Branche die nächste um.

Wie das in der Praxis aussieht, erhellt das Beispiel der Viskoseproduktion beim VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen. Die Herstellung der Chemiefaser war wegen der Belastung für die Arbeitnehmer wie für die Umgebung nicht mehr tragbar, das Werk muß die Produktion einstellen.

Nun aber fehlt den Textilfabriken das Vorfabrikat. Fast die Hälfte der DDR-Viskose wurde aus Wolfen geliefert.

Im Modeinstitut der DDR, dem einzigen Hersteller halbwegs anspruchsvoller Kleidungsstücke, reichen die Materialvorräte gerade noch für die laufende Kollektion. Wie es dann weitergehen soll, weiß derzeit keiner der dort Beschäftigten.

Versorgungsengpässe sind für die DDR-Wirtschaft eigentlich nichts Neues. Doch früher gab es ein Krisenmanagement. Die „Regierungskommission zur Sicherung der materiell-technischen Versorgung der Volkswirtschaft" sorgte dafür, daß die wichtigsten Unternehmen stets weiterarbeiten konnten. Gefährliche Löcher beim Nachschub wurden gestopft, indem an weniger wichtigen Stellen neue Löcher aufgerissen wurden.

Dieser Krisenstab existiert nicht mehr. Um sich von der zentralistischen Kommandowirtschaft des Günter Mittag zu distanzieren, löste die Regierung das Gremium im Dezember auf.

Nun fehlt eine staatliche Autorität, die Betriebe per Zuweisung mit Material versorgt. Der Markt, der Verkäufern und Einkäufern direkte Geschäftsverbindungen ermöglicht, besteht noch nicht. Die Unternehmen steuern dem Tag entgegen, an dem ihnen die Vorprodukte ausgehen und die Betriebsdirektoren ihre Belegschaften nach Hause schicken müssen.

Die Arbeitsgruppe des Ministeriums für Schwerindustrie sah sich nach ihrer deprimierenden Bilanz außerstande, vernünftige Rettungsvorschläge anzubieten. Ohne optimistischen Ausblick aber wollte die Leitung des Ministeriums das Dokument nicht an Regierungschef Modrow weiterleiten. Die Expertise verschwand im Aktenschrank des Ministeriums. Modrow weiß offenkundig auch aus anderen Quellen, wie es um die DDR-Wirtschaft bestellt ist.

Die Frage, was denn in dieser Situation an praktischer Wirtschaftspolitik überhaupt noch möglich sei, beantwortet einer der Autoren, ein erfahrener Wirtschaftsplaner, erst nach langem Zögern: „Wir könnten Verhandlungen aufnehmen über unsere bedingungslose Kapitulation."

Energie

Überall viel schlimmer

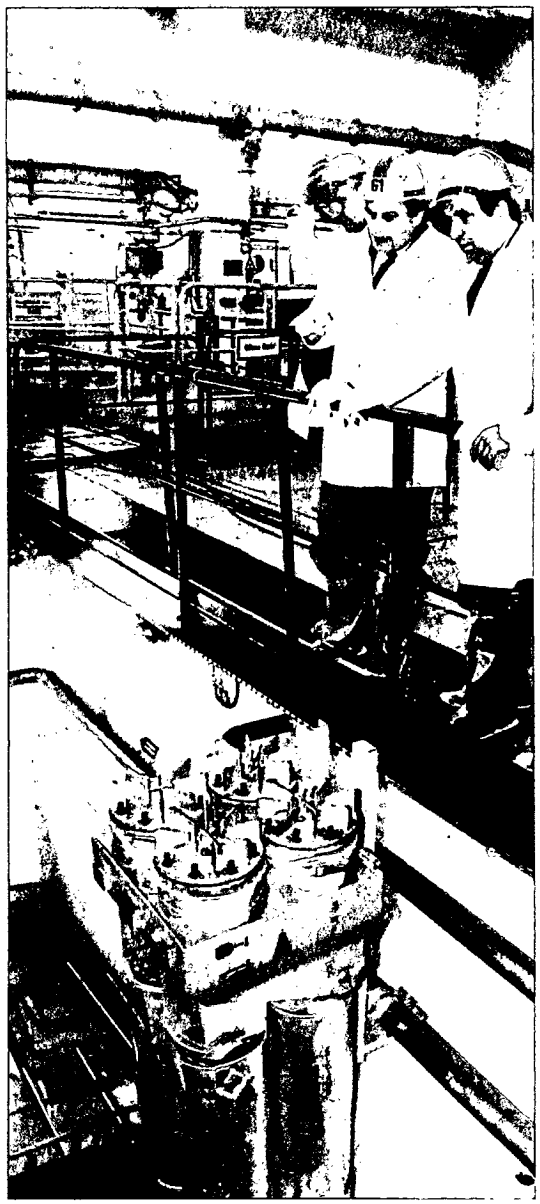
Die Atomkraftwerke in der DDR müßten schnellstens abgeschaltet werden. Doch woher soll der dringend benötigte Strom kommen?

Bundesumweltminister Klaus Töpfer war nicht gerade froh gestimmt, als er Mitte Januar aus Greifswald zurückkehrte: Der Atomkomplex, den die DDR dort betreibt, schien ihm mit hohen Risiken belastet.

Wenige Tage später sah sich Töpfer in seinen schlimmsten Befürchtungen „noch bestärkt". Haarsträubende technische und organisatorische Mängel und Pannen, so las der für Reaktorsicherheit zuständige Minister im SPIEGEL, haben in Greifswald schon mehrfach fast zur Katastrophe geführt.

Dann kam es noch dicker. Das Team aus bundesdeutschen Beamten und Fachleuten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, das sich die vier Atommeiler an der Ostseeküste genauer angesehen hatte, konnte auch keine Entwarnung melden. Es fand in wesentlichen Punkten den SPIEGEL-Bericht bestätigt, auch die Schlußfolgerung: Sofort abschalten.

Töpfer weiß, daß die Meiler in Greifswald nach bundesdeutschen Maßstäben unverzüglich stillgelegt werden müßten. Der Minister sieht inzwischen sogar Gefahren, die weit über die Horror-Anlage im Norden der DDR hinausgehen. „Ich glaube nicht", sagte er vergangene Woche, „daß Greifswald das atomare Risiko-Zentrum Europas ist."



Minister Töpfer (r., im KKW Greifswald)
Mit Importen über den Winter

Ein atomarer Großunfall nämlich, das machte der Minister seinen Kollegen am Mittwoch vergangener Woche im Kabinett klar, drohe nicht nur in der DDR. Erbauer der Druckwasserreaktoren von Greifswald ist die Sowjetunion, Atomkraftwerke des gleichen Typs produzieren an vielen Orten Strom – in der UdSSR vier, in Bulgarien vier, in der ČSSR zwei. Dort sehe es – so meinen auch DDR-Techniker – überall noch viel schlimmer aus als in der DDR.

Spontan entschloß Töpfer sich deshalb, schnellstens nach Moskau zu fliegen und Helfer nach Prag und Sofia zu schikken. Ziel der Mission ist, die Gastgeber auf ein mögliches Abschalten von Greifswald vorzubereiten und Folgen für die eigene Sicherheitslage zu diskutieren.

Die Eile ist vonnöten, der Zeitplan zur Behandlung des Greifswalder Atom-Desasters seit dem vergangenen Wochenende Makulatur. Ursprünglich wollte der Minister seinen Atomgutachtern drei bis vier Monate Zeit lassen. Dann erst sollte die Entscheidung fallen, ob die Reaktoren weiterbetrieben werden könnten oder nicht.

Die gemächliche Gangart läßt sich jedoch nicht durchhalten, zu offensichtlich sind die Mängel in Greifswald. Ein Fachmann der bundesdeutschen Gesellschaft für Reak-